



Bernd Lynack MdL
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:
Rathausstr. 13 B · 31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52
Fax: 0 51 21 / 69 42 37
info@bernd-lynack.de
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 04. November 2013

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,
heute übersende ich Euch die erste Ausgabe meiner neuen Informationsreihe „Landtag kompakt“. Hiermit möchte ich Euch künftig in loser Folge über meine Arbeit und die Arbeit der SPD-Fraktion im Landtag informieren. Ich würde mich freuen, wenn es so gelingt, die aktuellen politischen Entwicklungen im Landtag schnell und unkompliziert an Euch zu übermitteln. Selbstverständlich kann ein solches, per E-Mail verschicktes Informationsschreiben, nicht den persönlichen Austausch ersetzen. Gern komme ich auch weiterhin zu Euch in die Ortsvereine. Über Einladungen in die Ortsvereine und Rückmeldungen zum jeweiligen „Landtag kompakt“ freue ich mich.
Mit solidarischen Herbst-Grüßen,

LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT

Der Parteikonvent hat am 20. Oktober beschlossen, **Koalitionsverhandlungen** mit der Fraktion von CDU und CSU aufzunehmen. Im Vorfeld hat es viele intensive Debatten auch bei uns in Hildesheim gegeben. Ich möchte an dieser Stelle an den „ersten Teil“ des Parteikonvents erinnern und auch die beiden Zusammenkünfte des Landespartei Rates hervorheben. Es waren sehr konstruktive Debatten, die dort geführt wurden. Und es wurde sachlich und konstruktiv um die Frage der Koalitionsverhandlungen gerungen. Und es spricht m. E. für die Diskussionskultur in unserer Partei, dass eine ernsthafte Debatte möglich ist.

Ich gehe davon aus, dass es harte Verhandlungen werden und sich diese über die nächsten Wochen hinziehen werden. Am Ende wird schließlich ein **verbindliches Mitgliedervotum** unserer Partei über das Ergebnis entscheiden. Und auch auf dem Weg dorthin wird es eine **regelmäßige Beteiligung** unserer Partei, ihrer Gliederungen und Mitglieder geben. Das Ergebnis, ein möglicher Koalitionsvertrag, muss sich an seinen Inhalten messen lassen. Unser Ziel ist es, **gesellschaftliche Veränderung** herbeizuführen und Verbesserungen in den Lebensbedingungen der Menschen in unserem Land zu erreichen. Die erforderlichen Kriterien hat der Parteikonvent am 20. Oktober formuliert.

Niedersachsen ist auf Seiten der SPD in den **Arbeitsgruppen für die Koalitionsverhandlungen** recht gut vertreten. Dabei sind unser Ministerpräsident **Stephan Weil**, der nicht nur in der „großen Verhandlungskommission“ vertreten ist, sondern in der Arbeitsgruppe „Energie“ ein für unser Bundesland wichtiges Politikfeld mitverhandelt, Innenminister **Boris Pistorius** (Arbeitsgruppe Inneres und Justiz) und unser Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr **Olaf Lies** (Arbeitsgruppe Verkehr, Bauen, Infrastruktur).

Im vergangenen Monat hat der Europäische Gerichtshof über die Klage der Europäischen Kommission zum **VW-Gesetz** entschieden. Das Urteil stärkt die besondere Mitbestimmung bei Volkswagen und sichert den Einfluss des Landes Niedersachsen zum Wohle der Beschäftigten nicht nur in den Werken im Land, sondern der gesamten Republik. Die besondere Mitbestimmung und das Vetorecht von Aktionären mit mindestens 20 Prozent Anteil am VW-Konzern sind die Basis für den Erfolg des Konzerns und die Sicherheit der Arbeitsplätze in Niedersachsen und in der gesamten Bundesrepublik. Zufriedene Beschäftigte, die am Erfolg des Konzerns beteiligt werden, Arbeitnehmervertreterinnen und -Vertreter, die sich mit der Konzernspitze dafür einsetzen, dass die Werke in Niedersachsen dauerhaft gesichert sind und die jetzt durch das Urteil bestätigten Rechte des Landes Niedersachsen – das sind die entscheidenden Faktoren für die zukunftsfähige Entwicklung des Volkswagen-Konzerns und seiner Marken. Durch dieses Urteil haben wir in Niedersachsen die Möglichkeit und die Verantwortung die Automobilindustrie wettbewerbsfähig zu halten und sie nach ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien mit zu gestalten.

Das Wichtigste aus dem Oktober-Plenum:

Niedersächsisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

- Mit dem **Niedersächsischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz** wird eine neue Rechtsgrundlage für die Förderung von Vorhaben des ÖPNV und des kommunalen Straßenbaus geschaffen. Bisher erhalten die Länder Geld vom Bund für verkehrliche Projekte. Die ist bis 2013 festgeschrieben. Ab 2014 wird es weiterhin Geld geben, wie es ausgegeben wird, entscheidet das Land. Ab 2020 werden die Zahlungen dann eingestellt. Bis dahin wird durch das neue Gesetz festgeschrieben, welche verlässlichen Förderkriterien bei der Finanzierung von Vorhaben gelten. Neu in der Förderung sind z. B. Radverkehrsanlagen, Gemeindeverbindungsstraßen, Lärmschutzmaßnahmen an innerörtlichen Straßen und die Erneuerung von Schienenverkehrswegen.

Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz

- Mit der Verabschiedung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes haben wir ein zentrales Versprechen unseres Regierungsprogramms und der Koalitionsvereinbarung umgesetzt. Ab 1. Januar 2014 dürfen in Niedersachsen öffentliche Auftragsvergaben ab einem Gesamtvolumen von 10.000 Euro nur noch an Firmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten einen Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde zahlen. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes haben wir die Durchsetzung unseres Leitbildes von „guter und fair bezahlter

Arbeit“ unterstrichen. Ich bin optimistisch, dass es auch im Bund gelingen wird, im Rahmen der Koalitionsverhandlungen endlich einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde durchzusetzen.

Weiterentwicklung der Gesundheitsregionen für eine wohnortnahe, leistungsfähige und sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung in Niedersachsen

- Ziel unseres Entschließungsantrages ist, dass Niedersachsen stärker als bisher eine neue und vor allem nachhaltige Politik der Gesundheitsversorgung verfolgt. Zahlreiche Krankenhäuser im Land, vor allem kleine Häuser, arbeiten unter schwierigsten Bedingungen am Rande der Wirtschaftlichkeit. Gleichzeitig wird es immer schwieriger, die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicher zu stellen, denn zum Beispiel Ärztinnen wollen nicht aufs Land wegen der schlechteren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zeitnah und wohnortnah – das ist die Herausforderung der Gesundheitsversorgung im Flächenland Niedersachsen. Bisher gibt es drei „Zukunftsregionen Gesundheit“ in den Landkreisen Wolfenbüttel, Emsland und Heidekreis, die durchweg positiv über ihre Erfahrungen berichten: Es gibt eine bessere Verzahnung der medizinischen Einrichtungen, die in den vergangenen Jahren nebeneinanderher gearbeitet haben. Das ist auch unser Ziel für die angestrebten weiteren Gesundheitsregionen. Es ist beabsichtigt, hierfür im Haushalt 600.000 Euro für 2014 bereitzustellen, um weitere Gesundheitsregionen zu entwickeln. Mittel in Höhe von 400.000 Euro werden wir für die Förderung von Hausarztpraxen auf dem Land zur Verfügung stellen. Ich will an dieser Stelle auch noch einmal darauf hinweisen: Die CDU/FDP-Landesregierung hatte 2010 für die Schaffung der drei Modellregionen 100 000 € aus Toto-Lotto-Mitteln zur Verfügung gestellt. In der Mittelfristigen Finanzplanung des Landes waren aber keine weiteren finanziellen Mittel vorgesehen. Weitere Einzelheiten könnt ihr folgender Pressemitteilung entnehmen:
<http://www.ms.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/sozialministerin-cornelia-rundt-das-land-niedersachsen-investiert-eine-million-euro-in-die-gesundheitliche-versorgung-auf-dem-land-118807.html>.

Für ein partnerschaftliches Handeln – Einführung entwicklungspolitischer Leitlinien für das Land Niedersachsen

- Zusammen mit unserem Koalitionspartner haben einen Entschließungsantrag zum Thema „Entwicklungspolitik“ auf den Weg gebracht. Ich finde es gut, dass wir diesen Antrag auf die Tagesordnung gebracht haben und möchte in dem Zusammenhang noch auf einen anderen Aspekt hinweisen: „Entwicklung im weiteren Sinn ist ein anderes Wort für Frieden.“ – dieses Zitat von Willy Brandt unterstreicht die Bedeutung von Entwicklungspolitik. Willy Brandt hatte 1980 als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission deren Abschlussbericht „Das Überleben sichern – Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer“ mitantwortet. Eine Vision für eine Partnerschaft zwischen Nord und Süd formuliert und damit auch – bei allen Veränderungen in den Problem- und Konfliktlagen - die Grundlage gelegt für eine sozialdemokratische Entwicklungspolitik. Es gilt, hieran auf den

unterschiedlichen politischen Ebenen und den dort jeweils zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Ressourcen anzuknüpfen.

Klimaschutzziele verbindlich festschreiben – ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen

- Niedersachsen ist das einzige Bundesland ohne Klimaschutzgesetz. CDU und FDP haben dieses Thema in der zurückliegenden Legislaturperiode sträflich vernachlässigt. Mehr als der Austausch von Ministeriumsbezeichnungen ist nicht passiert. Dabei ist Handeln auf den unterschiedlichen politischen Ebenen dringend gefordert. Aktuelle Berichte des Weltklimarates (IPCC – International Panel on Climate Change) und des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) zeigen ganz klar, dass der Klimawandel schnell voranschreitet und sehr teuer wird. Deshalb ist politisches Handeln dringend geboten. Mit einem Entschließungsantrag machen wir uns jetzt auf den Weg, diesen Punkt umzusetzen!

Auf zwei weitere Themen, die in der Plenarwoche ebenfalls eine Rolle gespielt haben, möchte ich zum Schluss noch eingehen:

Klage von Bundesumweltminister Altmaier zu Gorleben

- Bundesumweltminister Peter Altmaier betrachtet offenbar den Salzstock Gorleben weiterhin als potenzielles atomares Endlager: Mit seiner Anweisung an das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Gorleben mit juristischen Mitteln nach wie vor im Rennen zu halten zerstört er die Vertrauensbasis zur Landespolitik und den Menschen in unserem Land. Wenn Herr Altmaier sein eigenes Gesetz kennen würde, müsste er seine Behörde, das BfS, keine unsinnige Weisung erteilen. Denn zur Umsetzung dieses Gesetzestextes braucht man definitiv keinen Rahmenbetriebsplan. Deshalb ist unser Misstrauen in die operative Politik der CDU im Bund mehr als begründet. Trotz der eindeutigen Offenlegungen von Manipulationen in Gorleben im Untersuchungsausschuss Gorleben und trotz eines im Bundestag und Bundesrat mit großer Mehrheit verabschiedeten Gesetzes macht die CDU das, was sie über 30 Jahre in Gorleben gemacht hat: tarnen, täuschen und tricksen. Wir werden uns dafür stark machen, dass das aufhört.

Landes- und Regionalentwicklung

- Die Regionalpolitik unserer Landesregierung zielt darauf ab, dass zukünftig alle Regionen des Landes gleichwertige Chancen für eine eigenständige und nachhaltige Entwicklung erhalten. Das war ein zentraler Bestandteil unseres Regierungsprogramms und ist Bestandteil unserer Koalitionsvereinbarung. Mit der derzeit stattfindenden Ausgestaltung der Operationellen Programme für die kommende EU-Förderperiode (2014-2020) schaffen wir die Basis dafür, dass eine gerechte, ausgewogene und auf die tatsächlichen regionalen Bedarfe zugeschnittene Förderpolitik entsteht. Ziel der neuen Regionalpolitik ist es, die EU-Mittel künftig schwerpunktmäßig dort einzusetzen, wo sie am dringendsten benötigt werden und wo sie zugleich die größtmögliche Wirkung entfalten. Dafür brauchen wir ein handlungsfähiges Management in der Fläche.

Die Landesregierung beabsichtigt, **zum 01.01.2014 vier Landesbeauftragte für Regionale Landesentwicklung** einzusetzen. Zur Schaffung einer handlungsfähigen Verwaltung in der

Fläche werden die Aufgaben der bisherigen Regierungsvertretungen und der bisherigen Ämter für Landentwicklung, der Domänenämter und der Moorverwaltung des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung (LGLN) in den künftigen **Ämtern für Regionalmanagement** in Braunschweig, **Hildesheim**, Lüneburg und Oldenburg zusammengeführt. Diesen Ämtern werden die Landesbeauftragten vorstehen. Damit sind die wesentlichen, für die Regionalentwicklung bedeutsamen Aufgabenbestände an einer Stelle gebündelt, und es ist die administrative Grundlage geschaffen, ressortübergreifende regionale Entwicklungskonzepte und Förderprojekte gemeinsam mit den regionalen Partnern vor Ort zu initiieren, zu koordinieren, zu bündeln und umzusetzen.

Die ersten regionalen Zukunftskonferenzen der Landesregierung, am 28. Oktober in Hildesheim, haben bereits stattgefunden.

Die Neuaufstellung der Regionalentwicklung gelingt nicht mit einem Beschluss über Nacht. Es ist ein Prozess, der auch Zeit in Anspruch nehmen wird und der nur im engen und weiterhin stattfindenden Dialog und Austausch mit allen Akteuren zum Erfolg geführt werden kann. Für uns bleibt das Ziel gleichwertiger Entwicklungsperspektiven für die unterschiedlichen Teile Niedersachsens.

Bei uns in Hildesheim wird das neue Landesamt für Regionale Entwicklung im Post-Gebäude am Bahnhof einziehen. Rund 70 Landesbedienstete werden dort im Laufe des kommenden Jahres einziehen. Erlaubt mir an dieser Stelle einen Hinweis. Über die Opposition und die Presse wird immer wieder verbreitet, dass für die neuen Landesämter ein enormer Stellenaufwuchs betrieben werden soll. Dies ist mitnichten so! Das Personal wird zum größten Teil aus den ehemaligen Regierungsvertretungen und den LGLN gestellt. Für alle vier Behörden werden maximal zwei dutzend Stellen neu geschaffen.

Ende November wird Stephan Weil die Landesbeauftragten vorstellen. Ich bin gespannt, wer hier in Hildesheim Landesbeauftragte/r wird.